

Zunehmend weniger Mediziner

Schwangerschaftsabbruch: Rot-Grün-Rot fordert Ausbildung von Ärzten

Von **Sabine Doll** - 06.07.2020 -

Rot-Grün-Rot in Bremen will die Lage von Frauen bei Schwangerschaftsabbrüchen verbessern - durch ein eigenes Fortbildungsprogramm für Ärzte. Es gebe zunehmend weniger Mediziner, die Abbrüche vornehmen.



In Bremen können sich Frauen zu einem Schwangerschaftsabbruch bei Pro Familia beraten lassen.
(Christina Kuhaupt)

Die Bremer Regierungsfractionen wollen die Situation von Frauen bei Schwangerschaftsabbrüchen verbessern. Rot-Grün-Rot hat einen gemeinsamen Antrag für die Bürgerschaftssitzung in dieser Woche eingebracht. „Die ärztliche Versorgungslage ist in diesem Zusammenhang zunehmend unzureichend und zudem regional sehr unterschiedlich. Auch in Bremen ist die Versorgungslage prekär, in Bremerhaven ist ein Schwangerschaftsabbruch derzeit gar nicht möglich. Betroffene müssen in andere Bundesländer ausweichen“, heißt es in dem Antrag.

Evidenzbasierte Leitlinien bei der Deutschen Gesellschaft für Gynäkologie und Geburtshilfe sowie Qualitätsstandards zum Schwangerschaftsabbruch fehlen völlig. Und: Die Behandlung des Themas sei in der Mediziner Ausbildung nicht gewährleistet. Studierende seien auf selbstorganisierte Projekte angewiesen. „Folge dieser Versäumnisse ist, dass bundesweit nur noch weniger als 1200 Ärzte in diesem Bereich tätig sind, Tendenz sinkend. In Bremen sind es beispielsweise am Behandlungszentrum von Pro Familia, das den größten Teil der Abbrüche vornimmt, lediglich zwei Ärzte, was den Bedarf schwerlich abdeckt. Die Beratungsstellen versorgen dabei das niedersächsische Umland mit“, heißt es in dem rot-grün-roten Antrag. Im Land Bremen ließen jährlich mehr als 2000 Schwangere einen Abbruch vornehmen. Zudem verschärfe sich die Situation für Frauen in europäischen

Nachbarländern wie Polen.

Auf Basis eines Bürgerschaftsbeschlusses soll der Senat dafür sorgen, Betroffenen einen Schwangerschaftsabbruch in Bremen und Bremerhaven wohnortnah zu ermöglichen, fordern die Fraktionen in ihrem Antrag. Außerdem soll geprüft werden, „inwieweit das Land Bremen ein eigenes Fortbildungsprogramm zu Schwangerschaftsabbruchmethoden“ für Ärzte anbieten kann. Der Senat soll sich dafür einsetzen, dass Schwangerschaftsabbrüche im Zuge der Ausbildung an Kliniken gelehrt werden. Und es soll geprüft werden, inwieweit EU-Ausländerinnen mit europäischer Krankenversicherungskarte Zugang zu medizinischen Einrichtungen in Bremen gewährt werden kann.

Die Fraktionen fordern zudem die Streichung des Paragraphen 219a (Werbung für den Abbruch der Schwangerschaft) aus dem Strafgesetzbuch. Der Paragraph wurde im März 2019 reformiert. Die Reform habe die Einschränkungen der Informationsmöglichkeiten über Abbrüche nicht beseitigt, sondern kriminalisiere weiterhin Ärzte. Eine Information über Art und Weise der Durchführung von Abbrüchen werde somit für Mediziner weitgehend unmöglich. Bremen hatte im Vorfeld der Reform die Abschaffung des Paragraphen gefordert.
